

Stand: 27.4.1998

Dr. Sieghardt Rometsch

**„Der EURO -
Hoffnung ersetzt Erfahrung“
Vortrag vor den Vorstandsmitgliedern
der VEBA AG
Donnerstag, den 28. April 1998 - 18.00 Uhr**

Meine sehr verehrten Herren

der Euro kommt. Der deutsche Bundestag und der Bundesrat haben mit großer Mehrheit die Einführung einer europäischen Einheitswährung beschlossen. Die deutsche Bundesbank hält nach Abwägung der noch bestehenden Probleme und Risiken den Eintritt in die Währungsunion ab 1.1.1999 stabilitätspolitisch für vertretbar. Zum Teilnehmerkreis gab sie keine Empfehlung ab - die Auswahl der Mitglieder sei eine politische Entscheidung. Die Bundesbank urteilte, ohne zu definieren, worauf sich dieses Urteil bezieht. Was kein politisches Urteil sein wollte, war in Wahrheit natürlich eins; auch wenn die Bundesbank am Ende mit einem Gewirr aus Konjunktiven, Nebensätzen und Sonderbedingungen meisterhaft Verwirrung stiftete, so tat sie das allerdings nicht, ohne ihren Segen mit der von hoher Weisheit geprägten Erkenntnis zu versehen: „Die Zukunft ist gestaltbar, ein abschließendes Urteil ist heute nicht möglich.“ Der Zentralbankrat beschloß seine Stellungnahme in Wahrheit mit dem Pilatus Wort: „Wir waschen unsere Hände in Unschuld.“

Ich danke Ihnen für die Einladung. Sie gibt mir die Gelegenheit, über ein historisch einzigartiges Projekt einige Überlegungen mit Ihnen auszutauschen. Dieses Projekt ist für den europäischen Integrationsprozeß - ich denke darüber besteht Einigkeit - von schicksalhafter Bedeutung.

Als ich mit Herrn Hartmann diesen Termin festlegte, begegnete er meinem Hinweis darauf, daß zu diesem Zeitpunkt praktisch alle wesentlichen Entscheidungen zugunsten des Euro gefallen sein werden, mit der Bemerkung, daß er es für sinnvoll hält, ganz unabhängig von der Aufgeregtheit tagespolitischer Ereignisse, die Sinnhaftigkeit der

Konstruktion einer gemeinsamen Währung in kleinem Kreis dennoch noch einmal ausführlich zu diskutieren.

Ich selbst habe mir in den letzten Wochen wiederholt die Frage gestellt, ob es nicht endlich an der Zeit sei, Ruhe zu geben. Häufig meine ich zu spüren, daß die meisten meine Einwände nicht mehr hören wollen und viele auch die Bedenken, weil sie ewiggestrig anmuten, nicht mehr hören können. Die Politiker, die Gewerkschaften, Verbände, die deutsche Industrie, die Banken, die Parlamentarier und erfolgreiche Unternehmer - die Mehrheit unter ihnen jedenfalls - will den Euro. Will ich im Ernst behaupten, sie irren alle? Natürlich irren sie nicht. Staatsräson und Geschäftsinteressen machen die Währungsunion notwendig.

Ihre Bereitschaft, einem Referenten zuzuhören, der mit seinen Überzeugungen auf so erkennbar verlorenem Posten steht, ehrt mich. Denn ich habe mich bisher noch nicht von der Mehrheit, vor allem aber nicht von denjenigen, die ganz offensichtlich die politische Oberhand behalten werden, entmutigen und schon gar nicht einschüchtern lassen. Mehrheiten beeindrucken eben nicht immer und nicht jeden vor allem dann nicht, wenn die Kraft des Sacharguments einfach nicht überzeugen will.

Deshalb möchte ich vor Ihnen noch einmal darlegen, warum die Wirklichkeit, so wie sie aufgrund eigener Erfahrungen und mit eigenen Verstandeskräften erfaßt werden kann, den offiziellen Lehren und den wundersamen Verheißungen, die mit der Europäischen Währungsunion landläufig verbunden sind, einer kritischen Überprüfung - jedenfalls aus meiner Sicht - einfach nicht standhält.

Erlauben Sie mir bitte zwei kurze Vorbemerkungen zu mir selbst:

1. Zu dem Thema des heutigen Abends habe ich einen inzwischen 34-Jahre langen Bezug. Im Jahr 1968 erschien ein von mir verfaßtes Buch - es war meine Dissertation mit dem Titel: "Monetäre Integration - das Problem einer Währungsunion im gemeinsamen Markt" im Fritz-Knapp-Verlag, in Frankfurt. Es war das erste Buch, das in Deutschland zu diesem Thema erschienen ist.
2. In den Jahren 1965/66 war ich Mitarbeiter im Kabinett des damaligen Präsidenten der EG-Kommission in Brüssel, Walter Hallstein. Ich zähle mich zu den überzeugten Europäern und kenne zur fortschreitenden wirtschaftlichen und politischen Integration

in Europa keine vernünftige Alternative. In dieser Überzeugung lasse ich mich - so denke ich - von nur wenigen übertreffen.

Selten wohl hat eine so große Mehrheit des Deutschen Bundestages eine Entscheidung getroffen, die von einer ebenso klaren Mehrheit des Volkes abgelehnt wird. Es ist trotz massiver Werbefeldzüge bisher nicht gelungen, fundamentale Unsicherheiten aus der Welt zu schaffen. Unsicherheiten über die Folgen für die Stabilität unserer Währung, damit verbunden Unsicherheiten um die Wertbeständigkeit unserer Ersparnisse, Unsicherheiten über die Konsequenzen der Währungsunion für Wachstum und Beschäftigung, Unsicherheiten um die innenpolitische Stabilität, Unsicherheiten um die Dauerhaftigkeit von Handelsfreiheit und Handelsfrieden in der alle Länder umfassenden Europäischen Union.

An dieser Stelle scheint es mir gerechtfertigt, bei Churchill ein Zitat auszuleihen: „Noch nie in der Geschichte der Demokratie haben so wenige so flüchtig über eine so gewaltige Umwälzung im Leben der Menschen und Nationen gestritten.“

Von den Befürwortern der Währungsunion wird die kritische Beurteilung durch die Bevölkerung oft deshalb nicht sonderlich ernst genommen, weil sie unterstellen, daß das Volk nicht in der Lage ist, die komplexen Zusammenhänge zu begreifen. Diese Einstellung würde einigen Respekt verdienen, wenn nicht renommierte Wirtschaftswissenschaftler unserer Zeit das kritische Urteil der für überfordert abqualifizierten Bevölkerung teilen würden. Das Volk befindet sich mit seiner Skepsis gegenüber dem Euro in der allerbesten Gesellschaft. Darum sollte man auch die verbreiteten Unsicherheiten um das Konstrukt des Euro nicht nur im vordergründigen psychologischen Bereich vermuten und dort suchen. Es geht in jeder Hinsicht vor allem um grundlegende ökonomisch-sachliche Zusammenhänge, für die die Wirtschaftswissenschaften hinreichend empirisch gesicherte Erkenntnisse und die Wirtschaftsgeschichte umfassende Erfahrungen liefern bzw. beitragen kann. So warnt z. B. der amerikanische Nobelpreisträger für Nationalökonomie, James Buchanan vor dem Experiment des Euro mit den Worten: „Die unnötige Zerstörung von Bastionen der Stabilität, wie etwa der Deutschen Bundesbank, kann für das Verhältnis von Bürgern und Staat, aber auch für das globale Standing Europas verhängnisvolle Folgen haben.“ Er ist keineswegs eine Einzelstimme. Larry Summers, der stellvertretende US-Finanzminister und frühere Harvard Professor, hat vor kurzem noch die Pläne für den Euro als ein Hirngespinnst abgetan. Für Allan Meltzer von der Carnegie-Mellon-Universität in Pittsburg

ist die Währungsunion bar jeglicher ökonomischer Vernunft. Allen Greenspan, der Präsident des amerikanischen Zentralbankrats, gibt dem Euro eine Lebenserwartung von fünf Jahren. Diese Liste prominenter Wirtschaftsexperten könnte relativ leicht auch mit den Namen bedeutender deutscher Wirtschaftswissenschaftler verlängert werden. Sie alle kennen den Aufruf von 150 deutschen Wirtschaftswissenschaftlern, die eine Verschiebung der Europäischen Währungsunion forderten, ebenso wie die nachdrücklichen Warnungen keines Geringeren als immerhin des Vorsitzenden des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium, Herrn Prof. Manfred J.M. Neumann.

Beginnen möchte ich mit einer Analyse des Systems fester unveränderlicher Wechselkurse.

1. Europäische Währungsunion = System fester unveränderlicher Wechselkurse

Lassen Sie mich mit dem Aspekt der festen Wechselkurse beginnen. Denn mit der Einführung des Euro per 1.1.1999 wird innerhalb der Währungsunion ein System fester Wechselkurse endgültig etabliert. Es gibt danach nicht mehr die Möglichkeit, die Wechselkurse zwischen den Teilnehmerländern der Europäischen Währungsunion zu ändern. In dem Verlust der Wechselkursflexibilität als Mechanismus der Anpassung an wirtschaftliche Schocks, die die Mitgliedsstaaten unterschiedlich treffen, liegt ein wesentlicher Nachteil der Währungsunion, weil flexible Wechselkurse dazu beitragen, asymmetrische wirtschaftliche Schocks zu stabilisieren.

Bisher ließen sich Schwankungen der internationalen Nachfrage nach den Produkten eines Landes über eine Veränderung der Wechselkurse auffangen.

Die endgültige Fixierung der Währungen verschiedener Volkswirtschaften untereinander und deren daraufhin erfolgende Umwandlung in eine gemeinsame Währung hat nur dann eine Chance auf Erfolg, wenn die Funktionen der flexiblen Wechselkurse von anderen volkswirtschaftlichen Stabilisatoren übernommen werden.

Daraus folgt, daß reale Vorgänge die mangelnde Flexibilität der Wechselkurse kompensieren müssen. Die die Wechselkursflexibilität ersetzenden realen Vorgänge beschränken sich erschöpfend auf:

- a) Senkung der realen Kosten - insbesondere der Reallöhne
- b) Mobilität der Arbeitskräfte
- c) Transferzahlungen
- d) Protektionistische Maßnahmen.

Andere Möglichkeiten, wohl auch überirdische, sind einfach nicht zu erkennen.

a) Senkung der realen Kosten - insbesondere der Reallöhne

Ein möglicher Ersatz für die in einer Währungsunion entfallenden Wechselkursflexibilität besteht in der Flexibilität der Reallöhne. Diese lohnpolitische Anpassung wird immer dann notwendig sein, wenn die Volkswirtschaft eines Mitgliedslandes der Europäischen Währungsunion - im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften - durch eine Wachstumsschwäche gekennzeichnet ist und über die Reduzierung der Reallöhne die Konkurrenzfähigkeit wieder hergestellt werden soll. Wachstum und zunehmende Beschäftigung wären die Folge. So jedenfalls stellen sich die Zusammenhänge in der Volkswirtschaftstheorie dar.

In der volkswirtschaftlichen Wirklichkeit können wir mit einem solchen Anpassungsprozeß nur rechnen, wenn alle bisherigen Erfahrungen aus der Tarifpolitik wie durch eine wundersame Veränderung des Verhaltens der Tarifpartner in Zukunft sich nicht wiederholen. Denn in den zurückliegenden Jahrzehnten waren die Reallöhne vor allem nach unten in Tat und Wirklichkeit sehr starr. Mächtige Interessenverbände haben sich bisher vehement und erfolgreich gegen eine erforderliche Herabsetzung der realen Einkommen gewehrt, die ausgereicht hätten, die Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen.

Die Wahrscheinlichkeit, daß eine Währungsunion mit ihren unwiderruflich fixierten Wechselkursen die Einsicht in die Notwendigkeit und damit auch die Bereitschaft der Tarifpartner, traditionelle Verhaltensweisen zu ändern, erscheint mir als äußerst gering. Ich halte diese Hoffnung sogar für naiv.

b) Mobilität der Arbeitskräfte

Eine mögliche Alternative zur unzureichenden Preis- und Lohnflexibilität der Arbeitsmärkte ist die Mobilität der Arbeitskräfte. Sie hätte zur Folge, daß Arbeitnehmer

aus Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, umziehen in solche Regionen, in denen neue Arbeitsplätze geschaffen und angeboten werden. Die im Zusammenhang mit der Europäischen Währungsunion immer wieder bemühte Analogie zu dem mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vergleichbaren großen Wirtschaftsraum der USA zeigt, daß die Mobilität der Arbeitskräfte in den Vereinigten Staaten per annum etwa 17 % erreicht. Das heißt, 17 % der Amerikaner verlassen jedes Jahr ihren Wohnort, ziehen um, um einen neuen Arbeitsplatz an einem neuen Wohnort anzunehmen.

Neben den soziokulturellen Unterschieden sind es zweifellos auch die sprachlichen Hürden, die eine vergleichbare Migration in Europa verhindert haben und für die Zukunft auch wenig wahrscheinlich machen. Es wäre deshalb auch unrealistisch anzunehmen, daß wir in Europa eine Chance haben, die regionalen wirtschaftlichen Ungleichgewichte in gleichem Maße durch die Mobilität der Arbeitskräfte ausgleichen zu können, wie das in den USA mit großem Erfolg der Fall war und ist.

Solange die die Wechselkursanpassung ersetzende Flexibilität der Reallöhne vor allem nach unten nicht gewährleistet ist, und solange eine das beschäftigungspolitische Ungleichgewicht kompensierende Mobilität der Arbeitskräfte nicht erreicht werden kann, spricht vieles dafür, daß sich das Schicksal der Währungsunion vor allem am Arbeitsmarkt entscheiden wird.

Dies wird um so mehr der Fall sein, weil mit der Einführung einer gemeinsamen Währung eine größere Transparenz der bestehenden Preis- aber auch Lohnunterschiede einhergehen wird. Der Ruf nach „Angleichung der Lebensverhältnisse“ könnte dann insbesondere aus weniger konkurrenzfähigen Regionen schnell laut werden. Es wird noch schwerer, die Löhne betrieblich, regional und sektoral stärker zu differenzieren.

Bei dem Projekt der Europäischen Währungsunion setzt Europa deshalb beschäftigungspolitisch auf volles Risiko. Auf die europäische Gesellschaft warten historisch ebenso überfällige, wie sozial überaus schmerzhaft Anpassungsprozesse. Sie werden ohne Netz, ohne Schutz und sogar ohne erkennbaren Willen zur gemeinsamen Korrektur von Ungleichgewichten angegangen. Es ist deshalb auch keineswegs unwahrscheinlich, daß, bevor die erwarteten positiven Auswirkungen einer Währungsunion wirksam werden, die Gesellschaft durch die von Märkten

erzwungenen schnellen industriellen Umstrukturierungen gefährlichen Zerreißproben ausgesetzt wird. Offen bleibt, ob sie gegebenenfalls demokratisch oder auf den Straßen ausgetragen werden.

c) Transferzahlungen

Wenn innerhalb der Währungsunion auftretende wirtschaftliche Ungleichgewichte durch eine entsprechende Senkung der Realeinkommen nicht ausgeglichen werden können, und wenn die Mobilität der Arbeitskräfte nicht ausreicht, um ein höheres Maß eines Beschäftigungsausgleichs zu gewährleisten, bleibt als dritte Alternative der Kapitaltransfer.

Das Institut finanzieller Transfers ist deshalb auch ein fester Bestandteil einheitlicher Wirtschaftsräume. Es leistet in der Bundesrepublik ebenso wie in der europäischen Dimensionen erreichenden Volkswirtschaft der USA seinen wichtigen Beitrag zur innenpolitischen Stabilität.

Diese umfangreichen Finanzausgleichszahlungen innerhalb der USA sind zum Erhalt der innenpolitischen Stabilität erforderlich, obwohl die Bereitschaft zum Arbeitsplatzwechsel um ein Vielfaches ausgeprägter ist als dies in Europa der Fall ist. Im Bereich der Europäischen Währungsunion sind solche Transferzahlungen selbst angesichts der um ein Vielfaches geringeren Mobilität der Arbeitskräfte als in den USA nicht vorgesehen. Die Politiker versichern darüber hinaus den deutschen Bürgern bei jeder Gelegenheit, daß an Transferzahlungen nicht gedacht wird und es dazu auch nicht kommen wird. Angesichts der bereits konfiskatorische Merkmale erreichenden Steuerquote kann man als zahlender Steuerbürger durchaus Verständnis dafür aufbringen, daß die Politiker sich der möglicherweise bohrenden Frage, wer für die unvermeidbaren Transferzahlungen aufzukommen hat, gar nicht erst stellen wollen. Nur löst sich die unausweichliche Realität der Transferzahlungen durch bloßes Ignorieren bedauerlicherweise nicht in Wohlgefallen auf.

Wir haben als den ökonomischen Realitäten verpflichtete Bürger ein Recht auf die Antwort, auf welche Hoffnung sich die Erwartung der verantwortlichen Politiker gründet, daß im Wirtschaftsraum der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft trotz der sehr viel ungünstigeren Rahmenbedingungen als in den Vereinigten Staaten mögliche

Transferzahlungen kein Thema sind, mit dem man sich vor der Errichtung der Währungsunion auseinandersetzen muß.

Die Warscheinlichkeit dafür, daß wir es hier mit einer finanziellen Zeitbombe zu tun haben, ist sehr groß. Die teure Quittung für die Währungsunion wird dem Volk zu einem späteren Zeitpunkt ganz unweigerlich präsentiert werden. Das ist jetzt schon ebenso absehbar, wie die finanziellen Konsequenzen der Anfang der 70er Jahre konzipierten und inzwischen konkursreifen Renten- und Gesundheitssysteme von den Experten damals schon vorausgesagt worden sind.

25 Jahre später stehen wir vor dem erwarteten finanz-, sozial- und wirtschaftspolitischen Scherbenhaufen.

Denn wenn wir eines Tages vor der Alternative stehen werden, einer politischen Radikalisierung in den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion tatenlos zuzusehen, oder aber die innenpolitischen Spannungen in dem betroffenen Mitgliedsland der Europäischen Währungsunion durch Transferzahlungen zu mildern, wenn wir vor dieser Alternative stehen, bin ich nicht mehr sicher, was als das kurzfristig geringere Übel begriffen wird. Die Bereitschaft zu Transferzahlungen wird als unvermeidbarer Preis für die erforderliche Sicherung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft propagiert und begriffen werden. Daß mit den Transferzahlungen aber eine steuerliche Zusatzbelastung der eigenen Volkswirtschaft einhergeht, die die Konkurrenzfähigkeit eines global ausgetragenen Wettbewerbs negativ beeinträchtigen wird, ist offensichtlich. Ob die politische Solidarität als notwendige Basis für einen solchen Finanzausgleich vorhanden sein wird, muß mit einem großen Fragezeichen versehen werden.

Diejenigen, die die Analyse solcher Szenarien als pessimistische Schwarzmalerei abtun, sind aufgerufen, die soeben aufgezeigten ökonomischen Zusammenhänge vor dem Hintergrund empirischer Erkenntnisse zu entkräften. Andernfalls setzen sie vollumfänglich auf das von jeder wirtschaftspolitischen Realität unberührte Prinzip der Hoffnung.

d) Protektionistische Maßnahmen

Fehlt die Flexibilität der Löhne nach unten, ist die Mobilität der Arbeitskräfte nicht gegeben und sind Transferleistungen politisch nicht mehr zumutbar, besteht die große Gefahr, protektionistischer Maßnahmen zum Schutze regionaler Beschäftigung. Das Arsenal an protektionistischen Maßnahmen kann von freiwilliger Exportbeschränkung, restriktiven Vertriebspraktiken, Zöllen, unberechenbaren Produktgenehmigungen bis hin zu undurchsichtigen Lizenzbestimmungen reichen. Die Entsenderichtlinie ist ein jüngstes Beispiel für den Einfallsreichtum in dieser Hinsicht.

Die Konsequenz wäre, man hätte zwar auf der einen Seite eine Währungsunion realisiert, der Freihandel, die erste Stufe des 1957 in Rom geschlossenen Vertrages zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wäre jedoch wieder gefährdet.

Wenn einflußreiche Verbände vollkommen zurecht darauf hinweisen, daß Aufwertungen die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie negativ beeinträchtigen, damit den Standort Deutschland benachteiligen und im Ergebnis schließlich das Problem der Arbeitslosigkeit nur noch verschärfen, dann darf die andere Seite der Medaille jedoch nicht unterschlagen werden. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung des Freihandels. Die Aufwertungen der DM in der Vergangenheit waren der Preis, den die deutsche Industrie für die Aufrechterhaltung des Freihandels gezahlt hat. Der zweifellos kurzfristige Nachteil der Aufwertung wird mehr als kompensiert durch den mittel- und langfristig für unseren Wohlstand sehr viel bedeutenderen freien Zugang zu den Exportmärkten. Beides: keine Aufwertung und gleichzeitig die Aufrechterhaltung des Freihandels, ist miteinander unvereinbar und nur vergleichbar mit der verständlichen Sehnsucht, daß man gleichzeitig den Kuchen essen möchte, ihn aber dennoch behalten will - eine Erwartung, die zu schön ist für die reale Welt.

Daß bei einem Wechselkurs von DM 5,30 für ein Britisches Pfund, von DM 0,58 für einen Franzosen Franc (heute DM 0,29) und von DM 3,84 für 1.000 Lire heute 1 DM - das sind die Währungsparitäten vom 1.1.1976 -, daß bei diesen unveränderten Wechselkursen der freie Handel zwischen unseren Ländern heute noch gewährleistet wäre, das wird ja wohl niemand für wahrscheinlich halten. Diese Zusammenhänge zeigen eine Sachlogik auf, der man sich nicht entziehen kann. Die daraus resultierenden Konsequenzen sollten bedacht werden.

Wer aufwertet ist eben kein Verbrecher, wie es noch in den 60er Jahren führende Vertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie Ludwig Erhard vorgeworfen haben, sondern der zieht im übergeordneten volkswirtschaftlichen Interesse den durch die Aufwertung vorübergehend erschwerten freien Zugang zu den Weltmärkten einem durch protektionistische Maßnahmen abgeschotteten Zutritt zu diesen Märkten als das kleinere von zwei Übeln vor.

Wer sich bei der Rechtfertigung der Europäischen Währungsunion auf die Vorteile beruft, die zurückgehen auf die Beseitigung des Wechselkursrisikos zwischen den Teilnehmerländern, auf die erhöhte Planungssicherheit, insbesondere für Unternehmen abhebt, und sich auf die Verringerung der Transaktionskosten konzentriert sowie die Intensivierung des Wettbewerbs erwartet, einen verbesserten Einsatz der Produktionsfaktoren voraussieht und eine erhöhte Effizienz der Finanzmärkte erwartet, bleibt an der Oberfläche des Problems und verharmlost die Konsequenzen.

2. Die historische Dimension - Lehren aus der Geschichte

Die lange Geschichte der Systeme fester Wechselkurse zwischen Währungen unterschiedlicher Volkswirtschaften ist eine Geschichte des ausnahmslosen Scheiterns dieser Systeme.

Nach dem 2. Weltkrieg ist das durch feste Wechselkurse gekennzeichnete Weltwährungssystem von Bretton Woods ebenso zusammengebrochen wie die Währungsschlange und das Europäische Währungssystem gescheitert sind. Ein Preis wie der des Wechselkurses kann, wie die lange Wirtschaftsgeschichte ohne eine einzige Ausnahme lehrt, nicht kostenlos außer Kraft gesetzt werden.

Denn die Währungspolitik eines Landes reflektiert vielmehr als lediglich das zielgerichtete Verhalten hin auf Konvergenzkriterien. Es ist unrealistisch anzunehmen, daß Länder, die sich über Jahrzehnte in puncto Produktivität, Staatsquote, Fiskaldisziplin, Deregulierung, Pensionsverpflichtungen, Infrastrukturaufbau, Arbeitsmoral, Ausbildung der Bevölkerung und in vielerlei anderer Hinsicht wesentlich voneinander unterscheiden, in ihrer zukünftigen Konkurrenzfähigkeit untereinander nicht sehr unterschiedlich sein werden.

Die in der letzten Zeit immer wieder diskutierten Analogien zwischen dem gegenwärtigen Europäischen Einigungsprozeß und der Vereinheitlichung des deutschen Geldwesens nach 1871 als mehr als zwei Dutzend bis dahin souveräne deutsche Staaten sich bereit gefunden haben, ihre Währung zu vereinheitlichen, bieten Erfahrungen und Hinweise auf Ähnlichkeiten, Abhängigkeiten und Wirkungen, die unsere Beachtung verdienen.

Das Deutschland von 1871 besaß bereits die Gestalt und die Eigenschaften eines Bundesstaates bis es schließlich nach einem Prozeß, der sich von 1871 bis 1909 hinzog, schließlich auch über eine einheitliche Währung verfügte.

Erst am 1.1.1876, also fünf Jahr nach der Verwirklichung der politischen Union, erhielt das Deutsche Reich eine gemeinsame Zentralbank, die Deutsche Reichsbank, und erst 38 Jahre nach der Reichsgründung, also im Jahre 1909, gab es eine einheitliche Währung: die Reichsmark. Bis zu diesem Zeitpunkt zirkulierten mehrere Währungen innerhalb des Reichsgebietes parallel neben einander.

Die staatliche Einigung war also der währungspolitischen vorausgegangen. Diese Entwicklung entsprach der sogenannten Krönungstheorie, nach der die gemeinsame Währung als Schlußstein, als Krone der konstitutionellen Errichtung eines Staatsgefüges sozusagen aufgesetzt wurde.

Für alle aus diesem und dem vorigen Jahrhundert bekannten historischen Beispiele gilt, daß die Währungsvereinheitlichung nach zuvor erfolgter staatlicher Einheit gelungen ist (z. B. in Deutschland, Italien, der Schweiz, den USA), während die entgegen der Krönungstheorie unternommenen Versuche - ohne vorherige staatliche Einigung - mißlungen sind (die lateinische Münzunion, die skandinavische Münzunion und im Grunde auch die deutsch-österreichischen Bemühungen der 50er und 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts).

Vaclav Klaus, Premierminister der Tschechischen Republik von 1992 - 1997 und Finanzminister der Tschechoslowakei von 1989 - 1992, erinnerte in einem Artikel, erschienen im April 1998, an die jüngsten Erfahrungen in seinem eigenen Land. Ich zitiere: „Weil eine Währungsunion Wechselkursveränderungen ausschließt, muß man sich fragen, ob man mit Preis- und Lohnflexibilität und mit der Mobilität der Arbeitskräfte zufrieden sein kann. Ich selbst glaube nicht, daß sie in Europa ausreichen, um notwendige Wechselkursanpassungen auszugleichen.“

„Die frühere Tschechoslowakei“, so fährt Klaus fort, „war eine Währungsunion, auch wenn man sie als solche nicht wahrgenommen hat. Als letzter Finanzminister dieser Währungsunion kann ich nur feststellen: Weil Wechselkursschwankungen nicht möglich waren, mußten wir Transferzahlungen in die Slowakei leisten, um die zunehmenden ökonomischen und Einkommens-Differenzen auszugleichen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dies ohne politische Union möglich gewesen wäre. Als sie nämlich zu Beginn des Jahres 1992 zusammenbrach, währte die Währungsunion zwischen den unabhängigen Ländern Tschechische Republik und Slowakei nur noch weitere sechs Wochen.“

Soweit der Erfahrungsbericht von Vaclav Klaus.

3. Die politische Dimension

Es ist in diesem Zusammenhang sicherlich auch angebracht, auf den inzwischen weit in den Hintergrund geretenen Tatbestand hinzuweisen, daß den Maastricht-Beschlüssen keineswegs in erster Linie wirtschaftliche, sondern mehrheitlich politische Überlegungen zugrundeliegen.

So antwortete Bundeskanzler Kohl im September 1991 auf die Frage, was er denn tun wolle, wenn er die politische Union in Maastricht nicht durchsetzen könne, wörtlich: „Dann gibt es Krach. Krach erfrischt“. Im Oktober 1991, fünf Wochen vor Maastricht, beteuerte er, es gehe mehr um die Politische Union als um die Währungsunion. Am 6. November 1991 sagte er: „Eine Währungsunion ohne Politische Union ist abwegig.“ Im Brustton der Überzeugung verkündete er: „Wir können und werden die Souveränität über die Währungspolitik nicht aufgeben, wenn die Politische Union ein Luftschloß bleibt“.

Zwar verliefen die Verhandlungen zunächst auch doppelgleisig. Auf dem einen Verhandlungstisch lag die Währungsunion auf dem anderen die Politische Union. Die Stunde der Wahrheit nahte jedoch schneller als gedacht. Sie kam mit der Erkenntnis, daß Frankreich den Zug zur politischen Union bremste. Die Pariser Diplomatie funktionierte meisterhaft. Ihr Widerstand war so elastisch, daß die Verhandlungsrunde zur Währungsunion nicht zum Stillstand, die Politische Union aber auch nicht in Gang kam.

So gilt für viele kritische Beobachter die Geschichte der Währungsunion als eine Geschichte der gebrochenen Versprechen.

„Alles unwahr“, stellte der für die Wirtschaftspolitik verantwortliche Redakteur der Süddeutschen Zeitung, Winfried Münster, resigniert fest und fährt fort: „Kohl hatte sich bereits 1992 damit abgefunden, daß nicht seine Wünsche erfüllt würden, sondern Mitterands“.

Die nunmehr unmittelbar bevorstehende Europäische Währungsunion wird also geschaffen, ohne daß die politische Vereinigung auch nur einen kleinen Schritt vorangekommen wäre. Fragt man sich, worin die Beziehung zwischen diesen beiden Prozessen besteht, so kommt man zu dem Fazit: In Tat und Wirklichkeit existiert eine solche Beziehung schlichtweg nicht.

Immer wieder kann man jedoch dem Hinweis begegnen, daß die Währungsunion ein entscheidender Schritt hin zur nach wie vor mit großer Entschlossenheit angestrebten Politischen Union darstellt. Währung zuerst und Politische Union danach. Die erste als Hebel, um die zweite, die Politische Union sozusagen herbeizuzwingen. Das ist das erklärte Konzept. Die Bürger aber, die ihrer Regierung auf diesem Weg folgen sollen, haben ein Recht darauf zu wissen, wie wenigstens in ganz groben Umrissen eine solche angestrebte politische Einheit einmal aussehen soll. Wie sie nicht konzipiert sein soll, negativ also, wird sie oft genug definiert. In Bonn aber und nicht nur dort wird bis zum Bundeskanzler inklusive betont, daß die Vereinigten Staaten von Europa nicht das Ziel seien. Was denn dann? ist die verbleibende Frage, auf die es nicht einmal im Ansatz eine Antwort zu geben scheint. Diese fehlende Vorstellung über das konkrete Ziel hat vor allem eine Konsequenz: man hat nichts woran man sich halten kann, wenn es darauf ankommt. Die zentrale Frage nach den Perspektiven und der Finalität der euroäischen Integration selbst fehlt. Wie weit soll sie gehen? Wieviel Souveränität sind die Nationalstaaten bereit, abzugeben? Welche Leitlinien soll es dafür geben? Welche Stimmrechte sollen für gemeinschaftliche Entscheidungen gelten? Welche institutionellen Strukturen und Prozeduren soll es für den supranationalen Bereich geben? Darauf muß es politische Antworten geben. Europas Zukunft kann und darf sich nicht in der Vergemeinschaftung der D-Mark erschöpfen. Zu glauben, daß die Währungsunion dauerhaft funktionieren kann, wenn die Europäische Zentralbank von Finanz- und Lohnpolitik allein gelassen würde, ist und bleibt eine gänzlich unrealistische Erwartung.

Wer die Europa-Diskussion aus Gründen der political correctness am liebsten unter der Decke halten will, holt sie sich womöglich, wenn auch erst später, dann aber erst recht ins

Haus. Bei einer aus beschäftigungspolitischen Gründen erfolgenden Renationalisierung der Debatte, vermute ich einmal, möchte von uns niemand dabeisein. Denn es wird sich diesmal dann nicht mehr um die Beschimpfung der vaterlandslosen Gesellen - die Sozialdemokraten nämlich - wie zu Wilhelm's Zeiten handeln. Sozusagen als historische Rache könnte der Gegner dieses Mal das unpatriotische, internationalistische Großkapital sein im Verbund mit der aus Frankfurt heraus verordneten und das Leben mühsam gestaltenden „deutschen“ Zinsknechtschaft.

Meine Herren, keine Realität ist wesentlicher für unsere eigene Selbstvergewisserung in wirtschaftlichen Fragen als die Geschichte. Sie hat gelehrt, daß bisherige Versuche von Währungsunionen stets an den fehlenden politischen Voraussetzungen gescheitert sind. Verglichen mit dem in der Geschichte erfahrenen „Normalfall“ eines Staatsgebietes mit einheitlicher Währung, schafft der Maastrichter-Vertrag eine deutliche Diskrepanz zwischen der geplanten Währungsintegration und dem äußerst bescheiden bleibenden Grad der Integration auf dem Gebiet der allgemeinen Politik. Aus all diesen Gründen wäre es im Interesse einer weiterhin erfolgreichen europäischen Integration richtiger gewesen, die Errichtung einer Europäischen Währungsunion auf den Zeitpunkt zu verschieben, zu dem die dafür notwendigen, vor allem politischen Voraussetzungen geschaffen wären.

Daß dies eine Forderung ist, die kaum noch einen Bezug zur politischen Realität unterhält, das weiß ich und darüber mache ich mir keine Illusionen. Die Empfehlung, als Fazit der vor Ihnen soeben dargelegten ausführlichen Begründungen, schulde ich meiner Überzeugung; auch wenn ich damit auf verlorenem Posten stehe.

Der Euro ist ein gigantisches Experiment, dessen Resultat niemand mit endgültiger Sicherheit voraussagen kann.

Genau deswegen aber stellt sich eine grundsätzliche Frage: Hat die Politik in einer Demokratie die Legitimation, ihren Bürgern ein solches Vorhaben zu verordnen, auch wenn die Mehrheit der Betroffenen dies offensichtlich nicht will?

Die politische Klasse unseres Landes präsentiert uns einen Wechsel auf die Zukunft, von dem sie selbst nicht wissen kann, ob er gedeckt ist.

Ich zweifle nicht daran: Unsere Politiker meinen es gut mit Europa. Es nur gut zu meinen, reicht aber - wie wir alle aus vielfacher eigener Erfahrung nur zu gut wissen - oft nicht aus und kann gelegentlich auch gefährlich sein.

Der Euro-Zug wird den Bahnhof wohl fahrplanmäßig am 1. Januar 1999 verlassen - wenn auch mit kreischenden Rädern und knirschenden Kupplungen. Sollte der Zug dann aber entgleisen, könnte er nicht nur die Gleise beschädigen, sondern auch vieles von dem, was Europa in den letzten 40 Jahren erreicht hat.

Man braucht einen gehörigen Schuß Optimismus, um den Erfolg des Euro-Projekts zu prognostizieren. Wir halten den Atem an und hoffen natürlich, daß die europäische Integration keinen Schaden nimmt.